

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Alexander Bonde,
Dr. Uschi Eid, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/3011 –**

Für eine Wiederbelebung des nuklearen Abrüstungsprozesses im Rahmen der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft

A. Problem

Hinsichtlich der Abrüstung und Nichtweiterverbreitung nuklearer Waffen steht die internationale Gemeinschaft gegenwärtig vor großen Herausforderungen. Kennzeichnend hierfür sind insbesondere die Auseinandersetzungen um das nordkoreanische und iranische Atomprogramm, aber auch das amerikanisch-indische Nuklearabkommen sowie das Scheitern der Überprüfungskonferenz zum Nichtweiterverbreitungsvertrag (NVV) im Jahre 2005.

Am 1. Juni 2006 wurde der von der schwedischen Regierung in Auftrag gegebene, unter der Leitung des ehemaligen IAEO-Generalsekretärs und UN-Waffeninspektors Hans Blix erarbeitete Bericht „Weapons of Terror: Freeing the World of Nuclear, Biological and Chemical Arms“ vorgelegt. Dieser umfasst 60 Empfehlungen in den Bereichen ABC-Waffen, Trägersysteme, Exportkontrolle und Weltraumrüstung.

Die Antragsteller fordern eine konkrete politische Umsetzung dieser Empfehlungen. Gerade im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und des G8-Vorsitzes sei die Bundesregierung hier in der Pflicht. Grundlage für eine Wiederbelebung des nuklearen Abrüstungsprozesses müssten auch die auf der Überprüfungskonferenz 2000 vereinbarten Schritte sein, etwa die Inkraftsetzung des umfassenden Kernteststoppvertrags (CTBT).

Vor diesem Hintergrund halten die Antragsteller es für geboten, dass dem Deutschen Bundestag baldmöglichst ein Bericht zum Umgang der Bundesregierung mit den Empfehlungen des Blix-Berichtes sowie zu den im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft und des G8-Vorsitzes geplanten abrüstungspolitischen Initiativen vorgelegt wird.

In der Nuclear Suppliers Group (NSG) solle die Bundesregierung einer Lieferung von Nuklearmaterial an Indien nicht zustimmen, solange Indien dem CTBT nicht beitrifft, kein Produktionsmoratorium für waffenfähiges Spaltmaterial erklärt und sich nicht zur Beschränkung seines Kernwaffenprogramms verpflichtet.

Weiter zu verfolgen seien die Überlegungen zu einer Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffkreislaufs. Danach soll es im Gegenzug zum Verzicht auf den vollständigen nuklearen Brennstoffkreislauf internationale Liefergarantien für nuklearen Brennstoff geben, um so das Streben nach eigenen Uran-Anreicherungs- oder Wiederaufbereitungsanlagen zu unterbinden.

Der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 14. April 2005 (Bundestagsdrucksache 15/5254) sei weiter zu berücksichtigen. Unterstützt werden solle insbesondere auch der im Blix-Bericht empfohlene Weltgipfel der Vereinten Nationen zur Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von ABC-Waffen.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/3011 abzulehnen.

Berlin, den 7. März 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Berichterstatter

Uta Zapf
Berichterstatterin

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Dr. Norman Paech
Berichterstatter

Jürgen Trittin
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Uta Zapf, Dr. Werner Hoyer, Dr. Norman Paech und Jürgen Trittin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3011** in seiner 57. Sitzung am 19. Oktober 2006 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 16/3011 in seiner 35. Sitzung am 28. Februar 2007 dem Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung zur gutachtlichen Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen des gutachtlich mitberatenden Ausschusses

Der **Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung** im Auswärtigen Ausschuss hat den Antrag in seiner 13. Sitzung am 2. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der SPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 7. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 7. März 2007

Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Berichtersteller

Uta Zapf
Berichterstellerin

Dr. Werner Hoyer
Berichtersteller

Dr. Norman Paech
Berichtersteller

Jürgen Trittin
Berichtersteller